

29. März 2017

Deutschland und die NATO-Allianz mit den USA. Berlin muss andere Saiten aufziehen

von Wolfgang Klages

Als Bundeskanzlerin Merkel zu Frühlingsbeginn 2017 dem neu gewählten US-Präsidenten Trump im Weißen Haus ihre Aufwertung machte, empfing Sie der unsentimentale Hausherr mit der Eiseskälte eines Geschäftsmannes. Gleich der Einforderung von Mietschulden soll der Immobilientycoon der gutgläubigen Pastorentochter eine Rechnung vorgelegt haben. Demnach schulde Deutschland den USA und der NATO „riesige Summen“ für Verteidigungsaufwendungen, die es wohlfeil empfangen, aber selbst nicht erbracht habe. Konkret: Jene Summe, um die es seit 2002 die damals unter den NATO-Mitgliedern getroffene Vereinbarung verfehlt habe, mindestens zwei Prozent des deutschen Sozialprodukts für militärische Zwecke auszugeben. In Zahlen: knapp 350 Mrd. EUR einschließlich Zinsen, fast das zehnfache des deutschen Verteidigungshaushalts 2017.

Überrascht mussten Merkel und ihre Ministerentourage nicht sein, von dem transatlantischen Bündnisboss mit einer fingierten Nachforderung vor den Kopf gestoßen zu werden. Die Denke, dass Deutschland für die Militärallianz mit den USA zuallererst mehr Geld und fallweise auch

einen höheren Blutzoll entrichten soll, gibt seit den Tagen der Wiedervereinigung jeder US-Präsidenten kund. Der Poltergeist Trump benimmt sich nur ungehobelter und brüskierte die Kanzlerin als eine seiner Reizfiguren mit der provokanten Forderung.

Deutsche Regierungen antworten auf derlei Vorhaltungen des Trittbrettfahrens gleichfalls auf bekannte Art. Pflichtschuldig und beflissen wird Besserung stets gelobt, zuweilen geheuchelt, inzwischen aber auch reichlich geleistet. Perverserweise, ohne die deutsche Sicherheitslage zu verbessern, sondern mit der Erfahrung, sich zusätzlichen Gefahren auszusetzen. Was sich Deutschland als friedliebende Nation ohne bedrohte Grenzen militärisch für Dritte auf den Rücken geschnallt hat, ist viel und fragwürdig. Die „Übernahme größerer Verantwortung“, die deutsche Außenpolitiker wie Sprechpuppen ununterbrochen im Munde führen, hat deutsche Streitkräfte an Schauplätze und Fronten weit außerhalb des eigenen Staatsgebiets geworfen.

Im März 2017 sind 3400 Bundeswehrsoldaten auf drei Kontinenten und zwei Weltmeeren eingesetzt: in Europa, Asien, dem Nahen Osten, West- und Ostafrika, im Mittelmeer und im Golf von Aden. Mit 4 bis 6 Eurofightern zieht das taktische Luftwaffengeschwader 71 „Richthofen“ aus Wittmund über dem Finnischen Meerbusen seine Kreise, um den Luftraum des NATO-Kostgängers Estland gratis zu überwachen. Das deutsche Panzergrenadierbataillon 122 hat im litauischen Rukla in Sichtweite zur russischen Grenze Aufstellung genommen: als „Forward Presence“ der Allianz, d.h. gefechtsbereit mit 20 Schützenpanzern „Marder“, 6 „Leopard II“ Kampfpanzern und 450 Infanteristen.

Deutschland tut bei alledem wie ihm von den NATO-Verbündeten geheißen und ihm die USA absehbar mit noch mehr Druck bedeuten werden: Gewehr bei Fuß stehen für die Ansprüche anderer. Kein

deutscher Regierungspolitiker scheint auf die ernüchternden, nicht selten desaströse Einsatzergebnisse zu sehen und das amerikanische Kalkül zu durchschauen. Würde sich Deutschland die Feinde und Risiken der USA nicht zu eigen machen, hätte es faktisch keine.

Den islamischen Terrorismus haben die amerikanischen Militärinterventionen im Nahen und Mittleren Osten angefacht und halten ihn wach. Deutschland wäre diese Bedrohung seiner inneren Sicherheit weitgehend los, wenn es sich nicht zum Kampfgefährten der USA in dieser Konfliktregion machen ließe. Dort Parteigänger amerikanischer Interessen zu sein, trägt Deutschland nichts außer Opfer und Verwicklungen ein: Libyen, Syrien, Irak, Jemen, Afghanistan – den Konfliktausgang in keinem dieser Länder können Bundeswehrebataillone ausschlaggebend beeinflussen und die deutsche Sicherheit hängt auch nicht entscheidend davon ab. Hingegen bietet beispielsweise der stabile Iran der deutschen Wirtschaft einträgliche Exportgeschäfte. Doch dieses Potential schöpft Deutschland gerade nicht aus, weil es sich gegen die eigenen Interessen immer wieder an amerikanisch-israelischer Droh- und Druckpolitik gegen Teheran beteiligt.

In Osteuropa nimmt sich die überkommene Gefolgschaft, in der die deutsche Verteidigungspolitik gegenüber den USA verharret, am schrägsten aus. Hat Deutschland ein Sicherheitsproblem mit Russland? Nein. Muss Deutschland für seine Sicherheit mit seinen östlichen Nachbarn beistandspflichtig verbündet sein? Nein. Trägt dagegen die NATO- Mitgliedschaft Polens und der baltischen Staaten und sowie eine Anwartschaft der Ukraine Deutschland eine Kriegsgefahr mit Russland ein? Ja. Könnten sich Berlin und Moskau sicherheitspolitisch verständigen, um die riesigen Möglichkeiten des bilateralen Verhältnisses zur Entfaltung zu bringen? Ja. Doch was tut Deutschland? Es lässt sich ins Geschirr nehmen, um Russland einzukreisen und

einzuschüchtern. Für das weltpolitische Motiv der USA, keine eurasische Machtkonzentration zuzulassen, und den Souveränitätsdünkel osteuropäischer Staaten, die für ihren eitlen Nationalismus Deutschland gegen Russland einspannen.

Unklug und kurzsichtig wie Donald Trump in der Außenpolitik bislang agiert, hat er den tiefen strategischen Sinn der NATO für die USA nicht erfasst: „To keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down“, wie Lord Ismay, der erste NATO-Generalsekretär treffend feststellte. Übersetzt: Die USA halten Deutschland in einem goldenen Käfig, dämmen Russland vor den europäischen Grenzen ein und lassen Europa mit militärischer Präsenz nicht von der Angel. „Burden-Sharing“ bedeutet nach amerikanischem Verständnis nichts anderes, als dieses Geschäft für die USA vermehrt auf deutsche Rechnung zu besorgen.

Niemand wird allen Ernstes behaupten, dass für die Sicherheit Deutschlands noch amerikanische Atombomben in Rheinland-Pfalz zu lagern und zu modernisieren sind, über 35 000 US-Soldaten im deutschen Südwesten stationiert sein müssen, das Pentagon sechs Hauptquartiere zwischen Rhein und Main unterhält. Das sind Relikte der Besetzung eines besiegten Landes, die ihm bis heute seinen Verlust an sicherheitspolitischer Selbstverantwortung und Selbstbestimmung vor Augen führen.

Kontrolle über die mitteleuropäische Großmacht zu behalten und sie als Drehscheibe für weltweite Militäroperationen zu nutzen, haben die amerikanische Deutschlandpolitik vor und nach der Einheit bestimmt. Allein, deutsche Regierungspolitiker reden sich und der Öffentlichkeit ein, dabei handele es sich um ein Sicherheitspartnerschaft auf Augenhöhe. Wer will und kann ihnen darin noch folgen? Deutschland erscheint viel eher als exterritoriales Stationierungsgebiet des

vermeintlichen Welthegemons, der jetzt ultimativ höhere Tributpflichten verlangt.

Der Nuklearschirm der USA für die Bundesrepublik war schon immer eine Mogelpackung. Eine volle, auch nukleare Verteidigungsfähigkeit Deutschlands haben die USA wie die beiden anderen Westmächte Frankreich und Großbritannien nie zugelassen. Damit das deutsche Militärpotential begrenzt bleibt. Die verweigerte Gleichberechtigung verdross schon Adenauer nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO Mitte der 1950er Jahre. Das Misstrauen, am Ende entweder im Stich gelassen zu werden oder das geteilte Deutschland als atomares Schlachtfeld endgültig untergehen zu sehen, verließ ihn nie. Im Unterschied zu allen seiner bisherigen Nachfolger bewies der Gründungskanzler zumindest sicheres Gespür für bündnispolitische Diskriminierung. Gegen die konnte er damals als westdeutscher Teilstaatspolitiker nichts ausrichten. Anders als heute.

Wenn die Trump-Administration mit plumpen Anwürfen nunmehr eine Steilvorlage gibt, dass ein souveränes Deutschland auf eigene Kosten mehr für seine eigene Sicherheit leistet, dann sollte die deutsche Außenpolitik schleunigst zur Tat schreiten und den Spieß umdrehen. Deutschland, mit dem alle seine Nachbarstaaten befreundet sein wollen, das friedliche Handelsbeziehungen in alle Teile der Welt unterhält und das von Russland umworben wird, kann auf seinem Territorium Washington aller Lasten entledigen: Abzug der US-Streitkräfte, Schließung der Luftwaffenstützpunkte, Räumung der Atomwaffenstandorte.

Im Grunde würden die USA zu ihrer eigenen Kostenersparnis nur nachholen, was die Sowjetunion bereits 1994 erfüllte: als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs Deutschland wieder in die volle Freiheit zu entlassen. Das wäre die Tragweite, mit der selbstbewusste deutsche

Außenpolitiker die Kostenüberwälzungsversuche der USA schonungslos kontern müssten. Diese Konsequenz wird die amerikanische Außenpolitik selbst unter Trump nicht wirklich wollen. Dennoch sollte Deutschland die günstige Gelegenheit und überfällige Notwendigkeit nicht verstreichen lassen, sich aus der bündnispolitischen Gefangennahme durch Washington zu befreien. Sie gebiert ansonsten nur immer neue Vorwürfe, Zumutungen, Erpressungen und Abhängigkeiten.

Die Vorgabe, jährlich öffentliche Gelder in Höhe von mindestens 2 Prozent des nationalen BIP militärischen Zwecken zu widmen, ist eine Farce. Ohne die gegenwärtig hohe gesamtwirtschaftliche Leistung würde sich Deutschland der Zielmarke automatisch annähern. Ein Wachstumseinbruch wäre hinreichend, das relative Verhältnis der deutschen Verteidigungsausgaben zum BIP von 1,2 Prozent im Jahr 2017 nach oben zu katapultieren. Absolut gibt Deutschland mit 41 Mrd. US-Dollar für Verteidigungsaufgaben hinter Großbritannien (57 Mrd. US-Dollar) und Frankreich (44 Mrd. US-Dollar) in 2017 unter allen europäischen NATO-Mitgliedern den drittgrößten Betrag für seine Streitkräfte aus. Wohlgermerkt, ohne irgendeine äußere Bedrohung seines Territoriums gewärtigen zu müssen.

Nach „Arbeit und Soziales“ ist der deutsche Verteidigungsetat mit einem Anteil von über 11 Prozent an den Gesamtausgaben der zweitgrößte Ausgabeposten im Bundeshaushalt 2017. Für „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ werden fast 80 Prozent weniger Mittel bereitgestellt als für das deutsche Militär. Dass der dauerrezessive Pleitestaat Griechenland aktuell mit rund 4 Mrd. US-Dollar 2,36 Prozent seines geschrumpften Sozialprodukts für Verteidigung ausgibt, kann nicht der Maßstab sein. Ebenso wenig Polen. Warschau kann sich angesichts eines jährlichen Dauerzuflusses von 10 Mrd. EUR aus EU-

Fördertöpfen leicht den Luxus leisten, in diesem Jahr 12 Mrd. EUR für seine Streitkräfte zu veranschlagen und so das Zwei-Prozent-Kriterium zu erfüllen. Wollte Deutschland diesen Schwellenwert erreichen, müsste es seine Verteidigungsausgaben in 2017 nahezu verdoppeln. Absolut auf ca. 70 Mrd. EUR und in ihrem Anteil am Gesamthaushalt auf 20 Prozent.

Noch weniger als durch Zahlen ist es historisch gerechtfertigt, Deutschland unter Zugzwang für mehr Verteidigungsanstrengungen zugunsten der USA zu setzen. Den amerikanischen Nimbus, Westdeutschland in vier Jahrzehnten Kaltem Krieg verteidigt und die deutsche Einheit vorbehaltlos unterstützt zu haben, kann man getrost aus den Geschichtsbüchern streichen. Den Test, der Bundesrepublik in vollem militärischem Umfang bei einer sowjetischen Invasion beizustehen, mussten die USA nie bestehen. Gegen den Mauerbau, der die Teilung Deutschlands besiegelte und 17 Millionen Deutschen endgültig für 40 Jahre um Freiheit und Wohlstand betrog, rührte Washington 1961 keinen Finger.

Und 1990 fielen die Würfel für die Wiedervereinigung in Moskau. Überdies verband Russland seine Zustimmung zur Wiedervereinigung nicht mit einem Junktim, welchem Militärbündnis das vereinte Deutschland angehören müsse. Anders die USA. Die Bush-Administration pochte – wenn auch in Einvernehmen mit dem Bonner Duo Kohl-Genscher – nachdrücklich darauf, dass sich die beiden deutschen Regierungen in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen auf die Fortsetzung der deutschen NATO-Mitgliedschaft einschließlich der ehemaligen DDR festlegten.

Mehr als ein Vierteljahrhundert später hat Deutschland große Trümpfe in der Hand, um sich des sicherheitspolitischen Doppelspiels der USA zu entledigen. Der Rohstoffgigant Russland und der Technologiechampion Deutschland können wie zwei Zahnräder für enorme wirtschafts- und

geopolitische Schwungkraft ineinander greifen. China ist inzwischen der wichtigste deutsche Handelspartner. Mit ihm stimmt Berlin in puncto Welthandelsfreiheit überein, mit der Trump-Administration nicht. Sowohl mit Russland wie mit China haben es die USA inzwischen verdorben. Moskau hat die Ostweiterung der NATO erzürnt, Peking wehrt sich gegen seine Abschnürung im südchinesischen Meer und durch protektionistische Anwandlungen Washingtons. Deutschland muss sich in diesen Konflikten mitnichten auf die amerikanische Seite schlagen.

Es ist längst an der Zeit, dass Deutschland außenpolitisch zu sich selbst kommt und eigene Prioritäten zu verfolgt. Einen Besuch im Weißen Haus, um sich wider deutsche Bedürfnisse von einem US-Präsidenten vorführen zu lassen, sollte Anlass genug sein, die außenpolitische Zwangsjacke der alten Bundesrepublik abzustreifen. Das 21. Jahrhundert wird weltpolitisch ein anderes als das 20. Jahrhundert und gewiss kein unipolar-amerikanisches sein. Es wäre töricht, die Zeichen dieses Epochenwechsels zu ignorieren. Zumal er für Deutschland weit mehr Chancen als Risiken eröffnet. Ungleich größere als ihm die sicherheitspolitische Vormundschaft der USA mit ihren schulmeisterlichen Allüren je bieten kann. „Bella gerant alii, tu felix Germanica salta.“